

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 7

Artikel: Fragmentierung im 20. Jahrhundert : die Tradition des europäischen Kleinraumdenkens
Autor: Kirt, Romain
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092707>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Tradition des europäischen Kleinraumdenkens

Fragmentierung im 20. Jahrhundert

Die Diskussion der Kleinstaatenproblematik und die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Kleinstaatlichkeit und der ihr inhärenten Aspekte weisen auf eine lange Tradition, die sich bis in die Anfänge des modernen Staatensystems und sogar darüber hinaus zurückverfolgen lässt.

Immer wieder haben sich grosse utopische Denker mit der Frage nach der optimalen Grösse staatlicher Gebilde auseinandergesetzt. In seiner staatsphilosophischen Schrift «Utopia» beschrieb Thomas Morus die ideale Gesellschaft als eine kleine Einheit, und mit seinem neuplatonischen Weltbild geht auch der kalabresische Dominikanermönch und Renaissancephilosoph Tommaso Campanella in eine ähnliche Richtung. Rousseau verweist darauf, dass «plus l'Etat s'agrandit, plus la liberté diminue». Und noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwarf Charles Fourier ein System des utopischen Sozialismus in Form einer föderativen Vereinigung kleiner, sich selbst genügender Gemeinschaften.

Selbstbestimmungsrecht als Impuls

Diese Perspektive von Idealgesellschaften, die nur wenige tausend Menschen umfassen, schien im 19. Jahrhundert von der Realität des sich konsolidierenden modernen Staatensystems überholt zu werden. Den Massstab für staatliche Grösse bildeten fortan die führenden «building blocks of capitalism», England, Frankreich, Italien, Österreich, Preussen und später das Deutsche Reich. Staaten wie Belgien und Luxemburg, die im 19. Jahrhundert entstanden, galten damals in Europa als Anomalien.

Doch mit dem dramatischen Fragmentierungsprozess des spanischen Kolonialreiches, aus dem zum Beispiel die mittelamerikanischen Kleinstaaten hervorgingen, sollten derlei Anschauungen in der westlichen Hemisphäre bereits frühzeitig an Bedeutung verlieren. Europa folgte dieser Anschauung mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches und des Habsburger Reiches. Beide Prozesse — zusammen mit der Forderung Wood-

Romain Kirt, der Autor dieses Beitrages, ist persönlicher Referent von Luxemburgs Premierminister Jacques Santer und seit letztem Jahr Mitglied des Redner-Teams der EG-Kommission.



row Wilsons nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker — gaben der Kleinstaatenproblematik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihr besonderes europäisches Profil.

Dekolonisierung als Vorbild

Die aktuelle Dimension der Kleinstaatenproblematik erreicht den eigentlichen Höhepunkt aber erst im Rahmen der Auflösung des britischen Empire. Aus diesem sind allein 31 Kleinstaaten — nach E. Plischke sind das Staaten mit weniger als fünf Millionen Einwohnern — hervorgegangen. So verwundert es nicht, dass die gegenwärtige Kleinstaaten Diskussion durch die britische Erfahrung der Dekolonisierung geprägt ist. Die britische Administration hat im Laufe der Zeit allerdings einen perspektivischen Wandel vollzogen, auf den

gemeint, ökonomische Viabilität zu realisieren und Selbstverteidigung zu garantieren. Creech Jones antizipierte diese Perspektive, als er 1948 davon ausging, dass «of the Colonial territories as at present organised, it is hardly likely that full self-government will be achieved under any foreseeable conditions (...) by any except Nigeria, the Gold Coast and the Federation of Malaysia and Singapore».

Kleinheit kein Hindernis für Unabhängigkeit

Die britische Verwaltung sah sich zehn Jahre später bei der Gründung der «Westindischen Föderation» gezwungen, ihren Standpunkt zu modifizieren. Sie akzeptierte nun zwar die volle Unabhängigkeit der karibischen Inseln, allerdings nur im Rahmen einer Föderation. Dieses politische Korrelat wurde als notwendig erachtet, um Stabilität zu sichern und Nachteile der Kleinheit zu kompensieren.

Nach dem raschen Zerfall dieser «Westindischen Föderation» — 1962 erklärten Jamaica und Trinidad/Tobago ihre Unabhängigkeit — folgte eine Phase der britischen Assoziierungsversuche («West Indies Act, 1967»), die jedoch schon 1968 mit der Anguilla-Krise scheiterten. Zu diesem Zeitpunkt musste die britische Verwaltung die Unausweichlichkeit jener Entwicklung erkennen. Mit der sich so zwangsläufig durchsetzenden Erkenntnis, dass Kleinheit kein Hindernis mehr für staatliche Unabhängigkeit bilden kann, beschleunigte sich die Proliferation der Mikrostaaten des Commonwealth. Die zahlreichen Konferenzen zur Problematik der Kleinstaatlichkeit zeigen, dass man weiterhin an einer intellektuellen Bewältigung dieses Themas interessiert ist.

Die Diskussion zur Kleinstaatenproblematik kreiste in den vergangenen drei Jahrzehnten vor allem um folgende Themenbereiche:

- die Bedeutung von Kleinstaaten im UN-System,
- die sicherheitspolitische Vulnerabilität kleiner Staaten

im folgenden näher eingegangen werden soll.

Die Diskussion um eine mögliche Selbstverwaltung Gibraltars zwang die britische Verwaltung bereits 1948, sich mit Fragen der konstitutionellen Entwicklung kleiner kolonialer Territorien zu beschäftigen. Im Oktober 1949 inaugurierte der damalige Secretary of State, Creech Jones, das Committee of Enquiry in the Smaller Colonial Territories, das die Auffassung vertrat, «that there could be little prospect of independence for the majority of territories relevant because, apart from the strategic importance of some of them, most had insufficient reserves to support full self-government».

Mit dem Begriff «insufficient reserves» war vor allem die damals perzipierte unzureichende Fähigkeit

Romain Kirt

Romain Kirt, Jahrgang 1963, ist seit November 1989 persönlicher Referent von Luxemburgs Premierminister Jacques Santer. Seit 1987 ist er auch Lehrbeauftragter an der Staatlichen Verwaltungsschule in Luxemburg und seit 1991 Lehrbeauftragter an der Universität Dorpat/Tartu in Estland. Zudem ist Kirt seit letztem Jahr Mitglied des Redner-Teams der EG-Kommission.

– und schliesslich ihre politische und ökonomische Viabilität.

Und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit?

Die in der UNO ausgelöste Diskussion um die Funktionsfähigkeit der Organisation angesichts einer Überrepräsentation kleiner Staaten und einer Selbstblockade der UNO aufgrund der sich kontinuierlich erhöhenden Zahl von Kleinstaaten, vor allem in der Dritten Welt, berührt Luxemburg keineswegs, da dieser souveräne Kleinstaat in die Europäische Gemeinschaft integriert ist. Und mit der Einbindung Luxemburgs in das kollektive Verteidigungsbündnis der NATO erübrigt sich die Frage nach der sicherheitspolitischen Vulnerabilität.

Bleibt die Frage nach der ökonomischen Lebensfähigkeit kleiner Staaten, die besonders in den vierziger und fünfziger Jahren im Kontext der britischen Dekolonisierungspolitik relevant wurde. Neben der ökonomischen Lebensfähigkeit kleiner Staaten bezweifelt man auch deren Fähigkeit zur eigenständigen Administration und internationalen Repräsentation. Vertreter der weitverbreiteten Meinung, wonach Kleinheit die innen- und aussenpolitische Handlungsfähigkeit beschränkt, übersehen meist die erstaunliche Vitalität solcher Kleinstaaten wie Liechtenstein,

Luxemburg, Malta, Hongkong, Singapur, Brunei u. a. und übergehen die prekäre Viabilität mancher Grossstaaten der Dritten Welt.

Die Frage der Lebensfähigkeit kleiner Staaten wurde durch die faktischen Entwicklungen des Dekolonisierungsprozesses rasch überholt. Der Schwerpunkt der Kleinstaaten-diskussion verlagerte sich in den siebziger und achtziger Jahre auf die Frage nach dem Entwicklungspotential und den Entwicklungsoptionen, eine Frage, die mit der Unabhängigkeit vieler insularer Kleinstaaten an Bedeutung gewann. In der Diskussion über kleinstaatliche Entwicklungsproblematik standen die entwicklungshemmenden Faktoren, die sogenannten Constraints, im Vordergrund. Insbesondere im Kontext der Insularitäts-Diskussion der siebziger und achtziger Jahre sind immer wieder folgende Defizite der Kleinstaatlichkeit hervorgehoben worden:

- diseconomies of scale,
- begrenzte Vorkommen an natürlichen Ressourcen,
- Abhängigkeit von einer stark beschränkten Produktpalette,
- notorische Zahlungsbilanzprobleme,

- begrenzte Zahl qualifizierter einheimischer Fachkräfte und unzureichende Schulungsmöglichkeiten,
- Abhängigkeit von einem oder mehreren ausländischen Unternehmen sowie
- begrenzter Zugang zu Kapitalmärkten.

Transparenz und Flexibilität als Voraussetzung für Prosperität

Mag es auch nur wenigen Kleinstaaten im insularen Kontext gelungen sein, der wirtschaftlichen Verwundbarkeit zu entkommen, so muss das Bild dieser Kleinstaaten doch insoweit relativiert werden, als die Sicherung von Grundbedürfnissen in zahlreichen dieser Inselstaaten besser gelöst erscheint als in den meisten grossen Entwicklungsländern.

Zudem wird bei der Beurteilung des Entwicklungspotentials in der Regel zwei spezifischen Eigenschaften kleiner Staaten, Transparenz und Flexibilität, kaum hinreichend Bedeutung geschenkt.

Transparenz ist ein wichtiges Element zur besseren Erhaltung von ge-

sellschaftlichen Kontrollmechanismen, mit welchem dem besonders für Entwicklungsgesellschaften charakteristischen Trend zur Polarisierung und Korruption entgegengewirkt werden kann.

Flexibilität wird in diesem Zusammenhang verstanden als die grössere Anpassungsfähigkeit kleiner Volkswirtschaften, die eine rasche Umstellung auf neue Weltmarktbedingungen erleichtert.

Für Luxemburg mit seiner vernetzten Position im Zentrum der Europäischen Gemeinschaft hat sich gerade letztere Tugend als besonders vorteilhaft erwiesen. Die Strategie der arbeitsteiligen Einfügung in den EG-Binnenmarkt, kombiniert mit der Fähigkeit zur flexiblen Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen, haben im Falle Luxemburgs wesentlich dazu beigetragen, das vieldiskutierte Defizit der Kleinstaatlichkeit in Frage zu stellen. Insbesondere die Überwindung der Stahlindustrie durch den raschen Aufbau eines effizienten Dienstleistungssektors hat Luxemburg zu einem Fanal erfolgreicher Kleinstaatlichkeit in Europa avancieren lassen.

Romain Kirt

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's